

Barbara Egloff

Selbstbestimmung als Herausforderung für die Sonderpädagogik

Wahl- und Entscheidungsautonomie sind Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Auch wenn diese Leitidee in der Heil- und Sonderpädagogik unbestritten ist, bringt sie bei der Umsetzung in der Praxis einiges an Herausforderungen mit sich. Denn oftmals ist ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit einer Behinderung nur mit der Unterstützung anderer Menschen möglich und damit eine potenzielle, wenn auch unbeabsichtigte Fremdbestimmung stets in Reichweite. Somit erstaunt es nicht, dass sich diese Thematik immer wieder in Forschungsprojekten niederschlägt. Deren Ergebnisse weisen oft auf die Notwendigkeit der Reflexion von pädagogischem Handeln hin, wie Trescher dies in seinem Artikel beschreibt.

Besonders im Bereich Wohnen und Arbeiten hat sich in letzter Zeit viel getan. Bisher konnten jedoch Menschen mit einer kognitiven oder psychischen Beeinträchtigung weniger davon profitieren. Der Kanton Bern ermöglicht nun durch den Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung eine tatsächliche Wahlfreiheit. Der Artikel von Oberholzer, Reisel und Stalder berichtet darüber und über ein neu entwickeltes Verfahren zur individuellen Bedarfsabklärung.

Als eine mögliche Begleitung zum selbstbestimmten Leben wird die «Persönliche Zukunftsplanung» von Adler und Georgi-Tscherry beschrieben. Im Bereich von erwachsenen Menschen mit einer kogniti-

ven Beeinträchtigung gehören stellvertretende Entscheidungen jedoch stets zum Alltag. Ritzenthaler geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie medizinisch-ethische Entscheidungen am Lebensende advokatorisch getroffen werden können. Die Wünsche und Vorstellungen einer Person sind von aussen aber schwer wahrnehmbar. Mit dem Konstrukt der «Aktiven Partizipation» schlagen Mohr und Meier einen Weg vor, wie Fachpersonen mithilfe von gezielter Interaktion Fremdbestimmung verringern können.

Antener, Girard-Groeber und Lichtenauer betrachten die Kommunikation und Information als wichtige Voraussetzung für Selbstbestimmung. Die Autorinnen sehen im Konzept der Leichten Sprache grosses Potenzial, da eine klare Sprache gerade bei behördlichen Prozessen den Zugang zu Information erleichtert und dadurch die Teilhabe und Autonomie in Abklärungs- und Entscheidungssituationen erhöht werden. Informierte Entscheide als Grundlage für Selbstbestimmung sind auch Thema im Artikel von Schriber und Stokar. Menschen mit Behinderung sollten vermehrt zu Akteurinnen und Akteuren von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung werden, indem sie sich selbst vertreten.

Die vorliegenden Artikel gehen unterschiedlichen Ansätzen nach, mit denen dem Spannungsverhältnis zwischen Selbst- und Fremdbestimmung begegnet werden kann.



*Dr. phil.
Barbara Egloff
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin
SZH/CSPS
Haus der Kantone
Speichergasse 6
3001 Bern
barbara.egloff@
szh.ch*